

# „Frieden ist immer politisch, der Preis ist es auch“

Keine Auszeichnung ist so bekannt wie der Friedensnobelpreis – weniger bekannt ist dagegen, was hinter der Vergabe steckt

Von unserem Redaktionsmitglied Heiko Brohm

Michael Jackson hatte keine Chance, obwohl er vorgeschlagen war. Geir Lundestad, Direktor des Nobelinstituts in Oslo und Sekretär des Komitees, das den Friedensnobelpreis vergibt, prüft die Vorschläge, die von Parlamenten und Universitäten weltweit kommen. Als Gast der Heidelberger Universität erklärt er im Interview, warum Wangari Maathai den Preis verdient hat – und Michael Jackson nicht.

■ Herr Lundestad, wann haben Sie sich zum ersten Mal mit Wangari Maathai befasst?

GEIR LUNDESTAD: Das liegt schon vier oder fünf Jahre zurück. Jemand hat sie vorgeschlagen und dann haben wir über sie gesprochen. Wir kamen zu dem Schluss, dass sie den Preis verdient hat. So geht das meistens. Manchmal vergeben wir den Friedensnobelpreis auch direkt in dem Jahr, in dem der Vorschlag kommt.

■ Die Entscheidung hat viele überrascht. Es heißt, Maathai kümmere sich mehr um „trees“ (Bäume) als um „peace“ (Frieden).

LUNDESTAD: Ja, wir haben den Kreis der Preisträger erweitert. Wenn man zum Beispiel über die knappen Ölvorräte redet, dann wird klar, dass Umwelt viel mit Frieden zu tun hat. So ist es auch bei Maathai, die sich gegen das wilde Abholzen der Wälder in Kenia engagiert. Außerdem kämpft sie für Meinungsfreiheit.

■ Sie entwickeln den Preis ständig fort?

LUNDESTAD: Natürlich, irgendwann kamen Menschenrechtsaktivisten hinzu, jetzt Umweltschützer. Ich könnte mir vorstellen, dass bald Medienvertreter ausgezeichnet werden, die für die Meinungsfreiheit kämpfen. Das soll aber nicht heißen, dass im nächsten Jahr ein Journalist dran ist. Wir achten auch darauf, mehr Frauen auszuzeichnen und mehr nach Afrika und Asien zu schauen. Der Friedensnobelpreis



Die Friedensbemühungen der Vereinten Nationen zeichnete das Nobelpreiskomitee 2001 aus.

Bild: dpa

war zu lange auf Europa und Nordamerika fixiert.

■ Manche Preisträger sind weltbekannt, andere nicht, manche sind akzeptiert, andere umstritten. Das sieht nicht nach Zufall aus.

LUNDESTAD: Wir achten auf Abwechslung. Wir brauchen Überraschungen, und wir brauchen natürlich auch Kontroversen. Wenn immer alles klar wäre, würde der Preis an Prestige einbüßen. Henry Kissinger war sehr umstritten, sogar Mutter Teresa. Aber es ist nicht so, dass wir nach dem Prinzip „Immer abwechselnd“ vorgehen. Es gibt da keine Strategie.

■ Gibt es Fehlentscheidungen?

LUNDESTAD: Ja. Aber der Preis existiert seit 103 Jahren, und dafür wurden sehr wenig Fehler gemacht. Mahatma Gandhi wurde nie ausgezeichnet, das ist ein Fehler. Und es wurden Leute ausgezeichnet, bei denen es wohl nicht richtig war. Da ich

mein Amt weiter ausüben möchte, schweige ich mich dazu aus.

■ Fünf Personen müssen sich auf einen Preisträger einigen. Herrscht im Komitee des Friedensnobelpreises immer Frieden?

LUNDESTAD: Es geht friedlich zu, aber es gibt Situationen, in denen die Minderheit den Vorschlag der Mehrheit nicht akzeptieren kann. Wenn es nicht anders geht, treten diese Mitglieder aus – die Entscheidung muss einstimmig sein. 1994 war das so, als der Preis an Arafat, Rabin und Peres ging.

■ Sie hatten in diesem Jahr knapp 200 Vorschläge. Kann man einige sofort aussortieren?

LUNDESTAD: Sicher. Es wurde ja bekannt, dass in diesem Jahr auch Michael Jackson vorgeschlagen war. Aber so etwas ist selten.

■ Haben Sie Angst, dass der Friedensnobelpreis zu einer Show verkommen könnte?

LUNDESTAD: Es ist immer eine Gratwanderung. Wir brauchen die Öffentlichkeit, aber es muss ernsthaft bleiben. Wenn wir es schaffen, jemanden wie Wangari Maathai für zwei, drei Monate weltbekannt zu machen, ist das doch ein Erfolg.

■ Was ist der Friedensnobelpreis? Eine Ehrung oder ein politisches Statement?

LUNDESTAD: Frieden ist immer politisch, also ist es der Preis auch. Nicht im Sinne von Parteipolitik, sondern als Unterstützung für ein politisches Ziel: Frieden.

■ Kann der Preis echte politische Folgen nach sich ziehen?

LUNDESTAD: Sehr selten. Als wir 1996 zwei Politiker aus Ost-Timor für ihre Friedensbemühungen auszeichneten, sagten beide: Jetzt werden wir unabhängig. Wir sagten zu ihnen: Das ist hier nur ein Preis, das ist keine Lösung. Heute ist Ost-Timor unabhängig.



Geir Lundestad

## Lukaschenko lässt Gegner verhaften

Minsk/Berlin. Nach einer gewaltsam aufgelösten Protestkundgebung in Weißrussland hat die Justiz 27 Demonstranten zu Arreststrafen von bis zu 15 Tagen verurteilt. Die Gegner des autoritären Präsidenten Alexander Lukaschenko hätten gegen das Versammlungsverbot im Zentrum von Minsk verstoßen, lautete gestern die Begründung des Richters. Mehrere hundert Lukaschenko-Gegner hatten am Vorabend gegen Wahlrechtsverstöße beim Referendum sowie bei der Parlamentswahl am Sonntag protestiert. Unter Einsatz von Schlagstöcken verhinderte die Polizei ein Vordringen der Demonstranten zur Residenz Lukaschenkos. In Berlin kritisierte Außenminister Joschka Fischer (Grüne) die Parlamentswahl in Weißrussland und das Referendum für eine dritte Amtszeit Lukaschenkos als unfair. dpa

## Schröder wirbt für Barrosos Team

Berlin/Brüssel. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat an das Europaparlament appelliert, möglichst geschlossen für die neue EU-Kommission unter José Manuel Barroso zu stimmen. „Wir brauchen eine arbeitsfähige und starke Kommission“, sagte Schröder nach einem Treffen mit Barroso gestern in Berlin. Der designierte Kommissionschef betonte, im Streit um die Besetzung einzelner Posten werde es eine „ausgewogene Lösung“ geben. Barroso und die Kommission müssen sich am 27. Oktober dem Votum des Europaparlaments stellen. Die Sozialdemokraten im EU-Parlament bestehen einstimmig auf einem vollständigen Ressortwechsel für den designierten Innen- und Justizkommissar Rocco Buttiglione. Der war wegen seiner Haltung zu Homosexuellen, Frau und Familie sowie zur Asylpolitik in die Kritik geraten. dpa

## Feldweibel gesteht Folter

Vorgesetzte sollen im Irak Misshandlungen angeordnet haben



Ivan Frederick

Bagdad. Der ranghöchste Angeklagte im Folterskandal bei den US-Streitkräften im Irak hat gestern eingeräumt, Häftlinge schwer misshandelt und gedemütigt zu haben. Der 38-jährige Feldweibel Ivan Frederick bekannte vor einem amerikanischen Militärgericht in Bagdad, er habe gewusst, dass seine Handlungen unrecht waren. Doch beschuldigte er den Militärgeheimdienst und seine Vorgesetzten, ihn zu den Misshandlungen angeregt zu haben. Das Urteil soll heute fallen.

Frederick räumte etwa seine Beteiligung an einem schweren Fall psychologischer Folter ein, der als Foto um die Welt ging: Gemeinsam mit einer Soldatin habe er Drähte an Händen und Füßen eines auf einer Kiste stehenden Gefangenen befestigt und ihm gedroht, dass er einen Stromschlag erhalten würde, wenn er herunterfalle. Ferner soll er zugeschaut haben, als eine Gruppe von Gefangenen zur Masturbation gezwungen und fotografiert wurde.

Eine Anhörung im Verfahren gegen Frederick fand im August auf einem US-Stützpunkt in Mannheim statt. Für Aussagen von zehn der elf Zeugen der Verteidigung waren Videoleitungen nach Washington und Europa vorbereitet. „Ich denke nicht, dass irgendjemand, der bei Sinnen ist, bereit sein könnte, nach Bagdad zu gehen“, sagte Fredericks Frau Martha. AP

## Deutsche Panzer im Kurdeneinsatz?

Berlin. Die Bundesregierung prüft einen Bericht, nach dem ehemalige NVA-Panzer gegen Kurden in der Türkei eingesetzt wurden. Bislang lägen keine entsprechenden Erkenntnisse vor, sagte Regierungssprecher Bela Anda gestern in Berlin. Er verwies darauf, dass die 1991 an die Türkei übergebenen 300 Schützenpanzer nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden dürfen. Eine andere Verwendung würde einen Verstoß gegen vertragliche Bestimmungen bedeuten. Das ZDF-Magazin „Frontal 21“ hatte über den Einsatz von Panzern aus DDR-Beständen gegen Kurden berichtet. Die Panzer seien trotz einer Verschleierung der NVA-typischen Erkennungsmerkmale eindeutig zu identifizieren. Die Grünen forderten einen Verzicht auf weitere Panzerexporte in die Türkei, falls sich der Bericht bestätigen sollte. AP

## Schulkantine statt Unterricht

Paris: Sikh-Schüler beugen sich nicht dem Turban-Bann

Von unserem Korrespondenten Joachim Rogge (Paris)

Für Bildungsminister Francois Fillon ist die Sache klar: Das Kopftuch-Verbot an Frankreichs staatlichen Schulen gilt auch für Turbane. Die Gemeinschaft der Sikhs indes will das nicht hinnehmen, streitet für das Recht ihrer Jungs, im Unterricht den Turban tragen zu dürfen. „Unser Turban ist unsere Identität“, protestieren sie seit Wochen.

Erstmals seit Einführung des Kopftuchverbots mit Beginn des neuen Schuljahrs befasst sich seit gestern ein Pariser Gericht mit der Frage, ob – neben islamischem Kopftuch, jüdischer Kippa und christlichem Kreuz – auch der Turban der Sikhs unter den Bann auffälliger religiöser Symbole an Frankreichs Schulen fällt. Seit drei Wochen sitzen drei Schüler, die der Religionsgemeinschaft der Sikhs angehören, ihren Schultag in der Kantine des Schulgebäudes von Bobigny bei Paris ab. Sie hatten sich strikt geweigert, ihren Turban im Unterricht abzulegen, und waren auch hart geblieben, als die Schule über Wochen hinweg nach einem Kompromiss gesucht hatte, der Gesetz und Tradition versöhnen sollte.

„Wir versuchen in der Kantine zu lernen“, sagt Bikramjit Singh, der im nächsten Jahr das Abitur machen will. „Manchmal schaut ein Lehrer vorbei und hilft uns.“ Für den Anwalt der drei

Sikhs ist dieser Schwebestand im pädagogischen Niemandsland untragbar. „Die Jungs sitzen zwischen allen Stühlen, sind nicht offiziell von der Schule ausgeschlossen, dürfen am Unterricht im Klassenraum aber nicht mehr teilnehmen.“ Sie rigoros zu feuern und damit einen Präzedenzfall zu schaffen, hat die Leitung des Gymnasiums „Louise Michel“ bis jetzt nicht gewagt.

Geht es indes ums Kopftuch, sind die Schuldirektoren offenkundig weniger zurückhaltend. Gerade erst hat eine öffentliche Schule im Elsass zwei Kopftuch-Schülerinnen „auf Dauer“ ausgeschlossen. Weiteren 15 droht dort das gleiche Schicksal, wenn die Mädchen oder deren Eltern nicht noch einlenken. Das Gesetz lässt, wenn alle Vermittlung nichts fruchtet, keinen Spielraum.

Auf den Ausgang des Verfahrens vor dem Pariser Verwaltungsgericht setzen Frankreichs Sikhs große Hoffnung. Etwa 7000 Sikhs leben im Land, die meisten im Norden von Paris. Ihre religiöse Tradition, die aus dem 15. Jahrhundert stammt, schreibt ihnen vor, das Haar niemals zu schneiden und die wuchernde Frisur mit einem Turban zu bändigen. Zu einem Trick haben unterdessen fünf andere Sikh-Schüler gegriffen, um ihre Schulausbildung nicht zu gefährden. Ohne Turban, aber mit einem Haarnetz oder einem Piraten-Tuch auf dem Kopf sitzen sie im Unterricht. Die Schulleitung hat das akzeptiert – aus hygienischen Gründen.

## Korruption in Deutschland nimmt ab

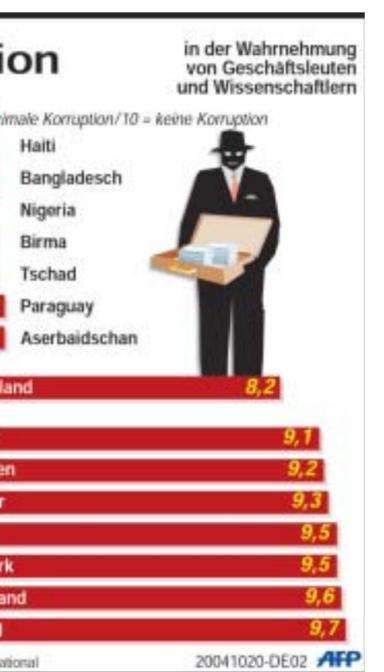
Aber nur jede zehnte Straftat aufgedeckt / Schaden auf 50 Milliarden Euro jährlich geschätzt

Von unserem Korrespondenten Peter-Paul Weiler (Berlin)

Die Deutschen werden im Ausland wieder als weniger bestechlich als noch vor drei Jahren angesehen. Auf dem gestern vorgestellten internationalen Korruptionsindex der Anti-Schmiergeld-Organisation Transparency International (TI) liegt Deutschland inzwischen auf Platz 15. Vor drei Jahren war es noch Platz 20. Laut Deutschlands TI-Chef Hansjörg Elshorst ist damit aber nur europäisches Mittelmaß erreicht. Der seit zehn Jahren erstellte Index gilt inzwischen als Entscheidungshilfe für Unternehmen bei Auslandsinvestitionen, zumal über 18 internationale Studien aus drei Jahren dafür ausgewertet werden. Grundlage sind Einschätzungen jeweils ausländischer Unternehmer und Länderexperten.

Dass ehrlicher Wettbewerb in Deutschland nicht stärker verbreitet ist als etwa in Luxemburg oder Österreich (beide Platz 13), Singapur (5) oder Finnland (1), hat nach Ansicht von TI mehrere Gründe: Zum einen dürfen deutsche Staatsanwälte nur auf Anweisung ermitteln. Außerdem mangle es der Staatsanwaltschaft an Mitarbeitern bei der Korruptionsbekämpfung. Nur fünf bis zehn Prozent der Fälle könnten deshalb verfolgt werden. Auch sei es normalen Bürgern im Gegensatz zu den als am unbestechlichsten geltenden skandinavischen Ländern nicht möglich, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu überprüfen. „Unter den rund 50 Industrieländern sind wir wohl das letzte Land, das diese Verwaltungs-Vertraulichkeit noch nicht abgeschafft hat“, kritisierte Elshorst.

Auch würden in Deutschland nicht Unternehmen, sondern deren Mitarbeiter bei Bestechung verfolgt. Doch wenn sich Ermittlungen gegen Personen richteten, seien die Hürden für Ermittlungen deutlich höher als im Fall einer Unternehmensklage. Deutschlands verbesserte Index-Position spiegelt sich auch in den Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA). So halbierte sich die Zahl der erfassten Korruptions-Straftaten von fast 16 000 im Jahr 1995 auf 7200 im vergangenen Jahr. Bestochen werden nach BKA-Erhebungen vor allem Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung (883 Fälle). In der Wirtschaft wurden 2003 nur 131 Fälle aktenkundig, bei den Strafverfolgungsbehörden waren es 93 Fälle. Unter den öffentlichen Einrichtungen sind vor allem das Gesundheitswesen, die Bau- und Kommunalbehörden betroffen. Die Unternehmensberatung Price Waterhouse Coopers



ermittelte in ihrem jüngsten Korruptionsreport, dass Bestechung rund ein Drittel des in Deutschland auf 150 Milliarden Euro geschätzten Schadens durch Wirtschaftskriminalität ausmacht.